

nachrichten

ADB-Report zur Wirtschaftslage

Die Asian Development Bank (ADB) hat in ihrer neuesten Analyse der ökonomischen Lage in Kambodscha langfristig einen positiven Trend vorausgesagt, aber nur unter der Bedingung, daß die Regierung die angekündigten Reformen auch in die Tat umsetzt. Nach dem in den Jahren 1997 und 1998 das wirtschaftliche Wachstum im Land stagnierte, geben einige Zahlen Grund zur Hoffnung: Die Exportrate erhöhte sich um 12,8 Prozent, während die Importe bei 3,4 Prozent verharren. Das Bruttoinlandsprodukt fiel von 9,7 (1997) auf 8,5 Prozent (1998), soll jedoch in diesem Jahr wieder über die Marke von 1998 steigen. Neben der positiven Außenhandelsbilanz werden auch für die Tourismusbranche Zuwächse erwartet, jedoch erst ab dem Jahr 2000.

Doch trotz dieser positiven Zahlen und höherer Deviseneinnahmen durch ausländische Geber bleiben die Schattenseiten hinter der ökonomischen Statistik oft verborgen: weiterhin leidet jedes zweite Kind unter fünf Jahren an Unterernährung und 40 Prozent der Kambodschaner haben niemals eine Schule besucht. Die ADB bringt in ihrem Abschlußbericht die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Beilegung der politischen Auseinandersetzungen in Phnom Penh dazu beiträgt, mehr Kapital in den Gesundheits- und Bildungssektor zu investieren.

Der vollständige Report ist bei Oxford University Press oder bei der ADB selbst erhältlich.

vgl. PPP 28/5-10/6/99

Umstrittener Staudammbau

Zwei von der Asian Development Bank (ADB) und der Regierung in Phnom Penh finanzierte Staudämme sollen Kambodscha zum Stromexporteur machen. Wie sein Nachbarland Laos will Kambodscha die Ressourcen des Mekong nutzen und die Dämme in der nördlichen Provinz Stung Treng sind laut Untersuchungen der Nichtregierungsorganisation Towards Ecological Recovery and Regional Alliance (TERRA) nur der Anfang eines geplanten Megaprojekts mit insgesamt sechs Dämmen. Die Verlockung ist groß, da die geographischen Voraussetzungen ideal erscheinen und so sichere Devisenquellen erschlossen werden könnten.

Doch die fatalen ökologischen Auswirkungen dieser Megaprojekte sind seit Jahren bekannt: Umsiedlungsprogramme und der Verlust von fruchtbarem Ackerland, das Aussterben der meisten Fischarten und der Anstieg der Malariainfektionen stellen nur einen Teil der Risiken dar. Im Falle des Staudammes in Stung Treng würden 35 000 Hektar Land überflutet und 2200 Menschen müßten umgesiedelt werden. Neben der rücksichtslosen Zerstörung verschiedenster ökologischer Ressourcen ist nach Auskunft der Organisation Community Aid Abroad vor allem ein Abfall des Mekongwasserspiegels zu

befürchten, da die natürliche Flußgeschwindigkeit durch die Dämme erheblich reduziert würde.

Doch dies scheint die Planer des Megaprojekts wenig zu interessieren. Im Kontext des angestrebten Wirtschaftswachstums und den Erwartungen seitens des IWF will Kambodscha sich schnellstens modernisieren und den »take off« in den Club der wohlhabenden ASEAN-Staaten schaffen. Verschiedene NGOs verlangen einen öffentlichen Diskurs und haben massiven Widerstand angekündigt.

Vgl. PPP vom 25/6-8/7/99

Voll ins Fettnäpfchen

Der UN-Sondergesandte und Vertreter Kofi Annans in Kambodscha, Lakhan Me-trotra, verwickelte sich bei einem offiziellen Treffen ranghoher Politiker und verschiedener Menschenrechtsgruppen in eine peinliche Situation: Auf die Frage des Präsidenten Hun Sen, wie er das Treffen abschließend beurteilen würde, erwiderte Metrotra: »Ich habe schon immer gewußt, daß Sie ein überragender Verfechter der Demokratie sind«, und

schlußfolgerte weiter, daß Hun Sen der einzige (!) im Saal wäre, der das Ideal der Menschenrechte in Kambodscha in die Praxis umsetzen könne. Weitere Lobpreisungen über seine kluge Führung des Landes schlossen sich an.

Vertreter diverser NGOs und Menschenrechtsgruppen verschlug es die Sprache: Nach den ungeklärten politischen Skandalen, in die Hun Sen verwickelt war und der ablehnenden Haltung zum Khmer

Rouge Tribunal, konnte eine solche Äußerung nur Unverständnis provozieren, die sich dann auch in entsprechenden Kommentaren nach der Sitzung und in der Presse widerspiegelte. Viele NGO-Vertreter erklärten, daß, wenn die Lage zwischen der UN und Kambodscha nicht so prekär wäre, Metrotra sein Amt sicherlich niederlegen müsse.

vgl. PPP 25/6-8/7/99

Minenkommando räumt Geld ab

Das Cambodian Mine Action Centre (CMAC), das für die Minenräumung in Kambodscha verantwortlich ist, scheint in einen weitreichenden Korruptionsskandal verwickelt zu sein. Eine Finanzlücke von 90 000 US-Dollar, die im Mai überraschend durch die Zeitung Cambodian Daily aufgedeckt wurde, ist offenbar jedoch nur die Spitze des Eisberges. Nach anfänglichen Versuchen, das Verschwinden des Geldes als einmalige Panne zu verkaufen, ergaben weitere Recherchen, daß seit mindestens fünf Jahren Geld des CMAC in unbekannt Kanäle versickert. Zwei nicht genannte hohe CMAC-Offizielle sollen vor allem durch falsch abgezeichnete Lohnzet-

tel Geld hinterzogen haben. Sam Sotha, Direktor der Minenräumorganisation, kündigte Konsequenzen an, spielte den Fall aber herunter, indem er auf die üblichen Korruptionspraktiken in Kambodscha hinwies.

Die ausländischen Geber werden sich damit wohl kaum zufrieden geben: CMAC wird größtenteils durch Spenden finanziert. Die USA haben schon angekündigt, eine Millionen US-Dollar versprochener Hilfe erst dann zu zahlen, wenn die Finanzen der Minenräumkommandos offengelegt werden und neue Mechanismen zur Kontrolle des Budgets eingeführt werden.

vgl. PPP 28/5-10/6/99 und 25/6-8/7/99

Wieder Geld aus Bonn

Nachdem die Bundesregierung die Entwicklungshilfe für Kambodscha nach dem Putsch im Juli 1997 eingefroren hatte, zeigt sich Bonn nun wieder von der freundlichen Geberseite und sprach der Regierung in Phnom Penh 42 Mio. Mark zu. Als Grund für die Wiederaufnahme in die Liste der Empfängerländer wurden die ein Jahr nach dem Putsch durchgeführten demokratischen Wahlen angeführt. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) will das Geld vor allem für die Wiedereingliederung der 55.000 entlassenen Soldaten in das zivile Leben einsetzen und dabei eng mit der Weltbank zusammenarbeiten.

vgl. taz vom 26/6/99

Prostitution und AIDS

Bei einem Treffen in Phnom Penh diskutierten Gesundheits- und Sozialexperten die Stellung der Prostitution in Kambodscha und erarbeiteten Konzepte für eine neue Politik. Kambodscha hat die höchste Aidsinfektionsrate in Asien (2,7 % der Gesamtbevölkerung), und seitdem das Land seit Anfang der 90er Jahre liberale Entwicklungen im Wirtschaftsbereich durchläuft, steigt der Umsatz im Sexgeschäft rapide an. Obwohl das kambodschanische Gesetz Prostitution offiziell als illegal einstuft, gibt

es, wie in Phnom Penhs nördlichem Stadtteil Svay Pak, ganze Viertel, die fast nur aus Bordellen und Bars bestehen und Bangkoks Vergnügungsviertel Pat Pong stark ähneln.

Doch weil zahlreiche Polizisten am Geschäft beteiligt sind und wegen der schieren Überflutung mit angekauften Frauen aus den ländlichen Bezirken und Vietnam wird inzwischen eine Legalisierung der Prostitution erwogen, die aber auch eine schärfere Regulierung des Geschäfts nach sich ziehen soll. Das Mini-

sterium für Frauenfragen sähe lieber die Familienwerte gestärkt und setzt sich für eine breite Aufklärungskampagne in der Bevölkerung ein, anstatt das Sexgeschäft zu legalisieren.

Anfang August wurden dann tatsächlich härtere Maßnahmen ergriffen und umgesetzt: die kambodschanische Polizei will die rund 3000 vietnamesischen Prostituierten des Landes verweisen und somit das Problem entschärfen. Chea Sophara, Vizegouverneur des Bezirks Phnom Penh, erklärte, die

nachrichten

Säuberungsaktion diene dazu, »die einheimische Kultur vor der Flut ausländischer Prostituierter zu bewahren.«

vgl. AP (3/8/99) und rts (5/8/99)

Verzögerungstaktik bei Khmer-Rouge Tribunal

Angekündigt war die Eröffnung des Verfahrens gegen Ta Mok (»The Butcher«) und andere Khmer Rouge (KR)-Führer wie Kaing Guek Iev für Anfang September, da laut kambodschanischer Verfassung nur ein halbes Jahr Untersuchungshaft zulässig ist und sich dann ein offizieller Prozeß anschließen muß. Doch durch eine Gesetzesänderung kann die U-Haft für Verbrechen gegen das Völkerrecht nun auf drei Jahre ausgedehnt werden. Damit kann eine offizielle Verhandlung frühestens 2002 beginnen.

Monh Saphan, der Abgeordnete der royalistischen Koalitionspartei FUNCINPEC, begründete den Aufschub des Prozesses mit der Formierung eines »gemischten Tribunals«, die einige Zeit in Anspruch nehmen könne. Doch nach der ablehnenden Haltung von Hun Sen ein internationales Gerichts-

verfahren für die Verbrechen der KR durchzuführen, erscheint diese Aussage wenig glaubhaft. Beweise gegen Ta Mok und andere KR-Führer sind ausreichend vorhanden, auch gegen Kaing Guek Iev, der lange Zeit unerkannt im Westen des Landes lebte und erst im Mai verhaftet werden konnte. Zwei weitere Verantwortliche, Nuon Chea und Ieng Sary, verbringen ihr ruhiges Rentnerdasein in der semi-autonomen Provinz Pailin und konnten (oder sollten) bis jetzt nicht gefaßt werden.

Viele Diplomaten und Menschenrechtsorganisationen vermuten, daß die ohnehin schon alten KR-Führer von Strafen weitgehend verschont bleiben sollen und in drei Jahren eventuell prozessunfähig oder gar schon verstorben sind. Doch vor allem geht es um die Verheimlichung hochbrisanter Verbindungen, wel-

che die KR während und nach ihrer Schreckensherrschaft von 1975-79 zu einigen Staaten unterhielt. Die »Killing Fields« wären ohne die Unterstützung Chinas und den Asylanten an der Grenze Thailands vielleicht nicht möglich gewesen. Die Ultra-Maoisten Pol Pots wurden vor allem von China gefördert, das heute einer der größten Investoren in Kambodscha ist und seine dominante Rolle in Südostasien ausbauen will. Auch einige westliche Regierungen sponsorten das Regime und erkannten es offiziell an.

Mit der Taktik, die schmerzliche Vergangenheit Kambodschas ruhen zu lassen, klaffen die Positionen der Regierung in Phnom Penh und der UN noch weiter auseinander als je zuvor. Ein Team von Rechtsexperten, das Ende August in der Hauptstadt eintraf, konnte in den Verhandlungen

mit der Regierung keine Veränderung der verhärteten Positionen bewirken. Die einzige Rolle, die die Richter der UN spielen könnten, wäre die von externen Beratern, so die Mitteilung der Regierung. Doch bei den notorisch korrupten Richtern in Kambodscha und den heute noch weitverzweigten Kontakten der ehemaligen KR-Mitglieder, scheint ein Tribunal unter internationaler Beobachtung immer unwahrscheinlicher. Um nicht als schwarzes Schaf der ASEAN zu gelten und die Modernisierung in Ruhe voranzutreiben, sollen die Menschenrechte in der Zukunft des Landes eine Rolle spielen. Ob dies aber ohne Vergangenheitsbewältigung möglich ist, bleibt zu bezweifeln.

vgl. AFP vom 31/7/99 und 3/8/99; taz vom 5/8/99; rts vom 31/8/99

Isolation befürchtet

Zahlreiche Menschenrechtsgruppen und die kambodschanische Opposition unter der Führung von Sam Rainsy und seiner Partei befürchten, daß die internationale Gemeinschaft das Land isolieren könne, weil die Regierung unter Hun Sen die Verbrechen der Khmer Rouge unter den Teppich kehren wolle. Sam Rainsy wählte dramatische Metaphern, um seiner Empörung Ausdruck zu geben und die außenpolitische Lage nach der Ablehnung der UN-Forderungen zu be-

schreiben: »Vietnam und China sind die größten Gegner des Tribunals. Vietnam schuf, ähnlich wie Frankenstein, die Khmer Rouge und China fütterte und versorgte dieses Monster mit Waffen.« China und Vietnam wären die einzigen Verbündeten Kambodschas, wenn die Verweigerungshaltung der Regierung sich fortsetze, so Rainsy. Auch NGOs und Studentenverbände kündigten Demonstrationen für ein internationales Tribunal an.

vgl. rts vom 30/8/99

Premier trifft Kofi Annan

Premierminister Hun Sen begann Anfang September eine außenpolitische Reise, die ihn unter anderem in die USA, Kanada und nach Kuba führen soll. Höhepunkt ist aber unbestritten ein Treffen mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan. Der Premier soll neue Alternativen zu einem internationalen KR-Tribunal aufzeigen und damit die grundlegenden Diskrepanzen zwischen der UNO und der kambodschanischen Regierung glätten.

Hun Sen hatte schon häufiger Meinungsverschiedenheiten mit der UNO: 1985 protestierte er gegen die internationale Gemeinschaft, weil sie die KR als legitime Regierung Kambodschas anerkannte. Der Coup gegen Prinz Norodom Ranariddh im Jahre 1997 brachte ihm weitere Querelen mit der UN ein. Der Besuch bei einem Alliierten des Kalten Krieges, Fidel Castro, soll die Reise beschließen.

vgl. PPP 25/6-8/7/99